

Moritz Voit

# Sammelklagen und ihre Finanzierung

Ein Vorschlag zur Ablösung der Musterfeststellungsklage  
unter Berücksichtigung der Verbandsklagenrichtlinie sowie  
der Class Action des australischen Bundesrechts



Nomos

**Streitbeilegung und Streitvermeidung im Zivilrecht –  
Schriftenreihe des Munich Center for Dispute Resolution**

**herausgegeben von Beate Gsell, Wolfgang Hau und  
Caroline Meller-Hannich**

**Band 9**

Moritz Voit

# Sammelklagen und ihre Finanzierung

Ein Vorschlag zur Ablösung der Musterfeststellungsklage  
unter Berücksichtigung der Verbandsklagenrichtlinie sowie  
der Class Action des australischen Bundesrechts



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Diss., Ludwig-Maximilians-Universität, 2021

ISBN 978-3-8487-7254-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-1268-2 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 2021 berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater, Herrn Prof. em. Dr. Helmut Köhler für die Betreuung und Erstbegutachtung dieser Arbeit, seinen fachlichen Rat und die große wissenschaftliche Freiheit, die mir bei der Erstellung meiner Arbeit zuteilwurde. Herrn Prof. Dr. Wolfgang Hau danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Ihm sowie Frau Prof. Dr. Beate Gsell und Frau Prof. Dr. Caroline Meller-Hannich schulde ich überdies meinen Dank für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe. Für den großzügigen finanziellen Beitrag zu den Druckkosten danke ich der Studienstiftung *ius vivum* und Herrn Prof. Dr. Heimo Schack.

Der University of Sydney und dem DAAD bin für die Ermöglichung meines Forschungsaufenthalts im Jahr 2019 sehr verbunden. Herrn Prof. Peter Cashman danke ich für die akademische Betreuung sowie für die wertvollen Einblicke in die australische Gerichtspraxis, für die ich auch Prof. Vince Morabito, Justice Bernhard Murphy, Jason Betts, John Walker und Luke Atkins dankbar bin.

Ganz besonders aber möchte ich meiner Frau, Johanna Voit, für ihren Rückhalt und die positive Energie, die mich durch die Höhen und Tiefen der Erstellung dieser Arbeit begleitet hat, sowie meinen Eltern, Betina und Wolfgang Voit, für die umfassende Unterstützung während meiner gesamten Ausbildung danken. Letzteren sowie meinen Freunden Eric Bremer, Valentin Schmidt und Lion Fritsche danke ich auch für das Korrekturlesen und die vielen wertvollen Anmerkungen zu dieser Arbeit. Verbleibende Fehler liegen in meiner alleinigen Verantwortung.

München, im September 2021

Moritz Voit



## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	25
Erstes Kapitel: Einführung	35
A. Untersuchungsgegenstand und Ziel der Arbeit	35
B. Gang der Darstellung	37
C. Ausprägungen des kollektiven Rechtsschutzes	38
D. Anwendungsfälle des kollektiven Rechtsschutzes	40
Zweites Kapitel: Rahmenbedingungen des kollektiven Rechtsschutzes	50
A. Ziele und Möglichkeiten	50
B. Verfassungsrechtliche Grenzen	90
C. Die Angst vor ‚amerikanischen Verhältnissen‘	112
D. Fazit	143
Drittes Kapitel: Kollektiver Rechtsschutz in Deutschland de lege lata	145
A. Spezialgesetzliche Bündelungsmöglichkeiten	145
B. Allgemeine Bündelungsmöglichkeiten der ZPO	180
C. Musterfeststellungsklage	198
D. Fazit zum kollektiven Rechtsschutz in Deutschland	226
Viertes Kapitel: Vorgaben der Verbandsklagenrichtlinie	228
A. Konzept der EU-Verbandsklage	228
B. Finanzierung der Verfahren	238
C. Umsetzungsbedarf in Deutschland	240
D. Fazit	243

*Inhaltsübersicht*

Fünftes Kapitel: Australische Class Actions und ihre Finanzierung	246
A. Entstehung der Class Action	247
B. Die Regeln des Verfahrens	252
C. Die Prozessfinanzierung und ihre Auswirkungen	294
D. Die Class Action in der Praxis	318
E. Bewertung der australischen Class Action	322
Sechstes Kapitel: Vorschlag für eine Sammelklage im deutschen Recht	325
A. Das Sammelklageverfahren	326
B. Die Verfahrensfinanzierung	367
C. Geltendmachung nicht angemeldeter Schadensersatzansprüche	412
D. Verzahnung mit der Rechtsdurchsetzung durch Verbände und Behörden	421
Siebtens Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	440
A. Ziele und Wege des kollektiven Rechtsschutzes	440
B. Handlungsbedarf trotz Einführung der Musterfeststellungsklage	445
C. Vorgaben aus Brüssel, Lehren aus Australien	449
D. Gesetzgebungsvorschlag	453
Literaturverzeichnis	473
Anhang	525
Anhang I: Rule 23 Federal Rules of Civil Procedure (USA)	525
Anhang II: Part IVA Federal Court of Australia Act	532



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Erstes Kapitel: Einführung	35
A. Untersuchungsgegenstand und Ziel der Arbeit	35
B. Gang der Darstellung	37
C. Ausprägungen des kollektiven Rechtsschutzes	38
D. Anwendungsfälle des kollektiven Rechtsschutzes	40
I. Delikte zulasten einer Vielzahl von Geschädigten	41
II. Verwendung und Durchsetzung unwirksamer Vertragsklauseln	41
III. Massenhafte Pflichtverletzung in Vertragsverhältnissen	42
IV. Kartellrecht	44
V. Kapitalmarktrecht	45
VI. Datenschutzrecht	48
Zweites Kapitel: Rahmenbedingungen des kollektiven Rechtsschutzes	50
A. Ziele und Möglichkeiten	50
I. Effektiver Zugang zum Recht	51
1. Defizite des Individualrechtsschutzes	51
a) Problem der rationalen Apathie	52
b) Problem der Unterlegenheit im Prozess	55
2. Verfassungs- und unionsrechtliche Anforderungen an den Gesetzgeber	56
a) Verfassungsrechtlicher Justizgewährungsanspruch	56
b) Gebot der formellen und materiellen Waffengleichheit	58
c) Anforderungen des primären Unionsrechts	59
3. Implikationen für den kollektiven Rechtsschutz	61
II. Verhaltenssteuerung	62
1. Anreiz zum Rechtsbruch bei fehlender Rechtsdurchsetzung	62

*Inhaltsverzeichnis*

2. Zivilrecht als Steuerungsmechanismus	63
a) Verhaltenssteuerung als unliebsame Aufgabe des Rechts	64
b) Unbegründete Vorbehalte gegenüber Verhaltenssteuerung im Zivil(prozess-)recht	65
aa) Präventionszweck als (verfassungswidriger) Fremdkörper im Privatrecht?	65
(1) Förderung des Gemeinwohls als ausschließliche Aufgabe des öffentlichen Rechts?	65
(2) Umgehung verfassungsrechtlicher Garantien?	68
(3) Präventive Wirkung und Zielsetzung im geltenden Privatrecht	69
bb) Verhaltenssteuerung und der Zweck des Zivilprozesses	74
cc) Zwecklosigkeit zivil(prozess)rechtlicher Prävention?	75
c) Gebotenes Präventionsmaß	76
aa) Fahrlässigkeits- und Gefährdungshaftung	76
bb) Vorsatzhaftung	77
3. Implikationen für den kollektiven Rechtsschutz	78
III. Effiziente Nutzung der Justizressourcen	80
1. Effizienz als gesetzgeberisches Ziel	80
2. Effizienzvorteile des kollektiven gegenüber dem individuellen Rechtsschutz	81
a) Entlastung der Justizressourcen	81
b) Bessere Förderung der Prozesszwecke	84
aa) Durchsetzung subjektiver Rechte	84
(1) Der Unterschied zwischen Einzelfallgenauigkeit und Einzelfallgerechtigkeit	84
(2) Die Bedeutung der Einzelfallgenauigkeit für Parteien und Justiz	86
bb) Sonstige Prozesszwecke	88
3. Zwischenergebnis	88
IV. Trennung von Streu- und Massenschäden?	89

B. Verfassungsrechtliche Grenzen	90
I. Subjektive Reichweite der Klage und Rechtskraft	90
1. Grundrechtseingriffe	91
a) Prozessuale Dispositionsfreiheit (Art. 2 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4 GG)	91
aa) Eindeutige Bewertung von Opt-in und Zwangsverfahren	91
bb) Bewertung von Opt-out-Verfahren	92
(1) Gleichwertigkeit von Teilnahme- und Austrittserklärung	92
(2) Zulässigkeit der Verfahrensteilnahme als unvermeidliche Standardvorgabe	93
b) Anspruch auf rechtliches Gehör	95
c) Eigentumsfreiheit, Art. 14 Abs. 1 GG	96
d) Schlussfolgerung	97
2. Einschränkung der Dispositionsfreiheit	98
3. Verfassungsmäßigkeit der Einschränkung	98
a) Legitimes Ziel	99
b) Geeignetheit	99
c) Erforderlichkeit	99
d) Angemessenheit	101
aa) Ausnahmecharakter der grundrechtsrelevanten Fälle	102
bb) Parallelen zu vergleichbaren Verfahren des geltenden Rechts	104
4. Fazit	106
II. Beteiligungsmöglichkeiten im Verfahren	106
1. Allgemeine Anforderungen des Art. 103 Abs. 1 GG	107
2. Implikationen für den kollektiven Rechtsschutz	108
a) Rechtliches Gehör bei Opt-in Verfahren	108
b) Zusätzliche Anforderungen bei Opt-out-Verfahren	109
III. Zwischenergebnis	110
C. Die Angst vor ‚amerikanischen Verhältnissen‘	112
I. Konzept und Rahmenbedingungen der Class Action	113
1. Ziele der Class Action in ihrer heutigen Form	113
2. Varianten der Class Action	114
a) Rule 23(b)(1)	114
b) Rule 23(b)(2)	115
c) Rule 23(b)(3)	115

*Inhaltsverzeichnis*

3. Zulässigkeit und Wirkung einer Class Action	116
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen nach Rule 23 (a)	116
b) Materielle Anforderungen an die Klage	118
c) Die certification und das anschließende Verfahren	119
4. Kosten und Finanzierung des Verfahrens	120
5. Zivil(prozess)rechtliche Begleitumstände der Class Action	122
6. Typischer Verfahrensablauf und -ausgang	123
II. Defizite und Zurückdrängung der Class Action	125
1. Erpressungspotential der Class Action	126
2. Unzureichende Kompensation der Gruppenmitglieder	127
a) Anreize des Anwalts zur vorschnellen Einigung	127
b) Defizitäre Verteilung des Prozesserrlöses	129
aa) Scheinbare Kompensation durch nutzlose Gutscheine	130
bb) Lückenhafte Anspruchsgeltendmachung durch Gruppenmitglieder	131
cc) Cy-prés-Leistungen	132
c) Begrenzte Wirksamkeit der Kontrollmechanismen	134
3. Beschränkung und Bedeutungsverlust der Class Action	135
III. Implikationen für den kollektiven Rechtsschutz in Deutschland	136
1. Vorteile der Class Action	136
2. Wann sind Klagen missbräuchlich?	138
3. Architektur der missbrauchsrobusten Class Action	141
a) Vermeidung des Missbrauchs zulasten des Beklagten	141
b) Vermeidung des Missbrauchs zulasten der Gruppenmitglieder	142
D. Fazit	143

Drittes Kapitel: Kollektiver Rechtsschutz in Deutschland de lege lata	145
A. Spezialgesetzliche Bündelungsmöglichkeiten	145
I. Verbandsklagen in UKlaG und UWG	145
1. Unterlassungsklagen	145
a) Voraussetzungen, Inhalt und Anwendungsbereich	145
b) Bedeutung für die Ziele des kollektiven Rechtsschutzes	147
2. Gewinnabschöpfungsklagen	148
a) Voraussetzungen, Inhalt und Anwendungsbereich	148
b) Defizite	149
c) Bedeutung für die Ziele des kollektiven Rechtsschutzes	151
3. Beseitigungsklagen	152
a) Voraussetzungen, Inhalt und Anwendungsbereich	152
b) (Folgen)beseitigung durch Rückzahlung?	153
c) Bedeutung für die Ziele des kollektiven Rechtsschutzes	155
II. Kollektive Rechtsdurchsetzung im Kartellrecht	156
1. Behördliche Durchsetzung privater Rechte	156
2. Follow-on-Klagen	157
3. Unterlassungs- und Beseitigungsklagen	158
4. Vorteilsabschöpfung durch Behörden und Verbände	159
5. Fazit	159
III. Kollektive Rechtsdurchsetzung im Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht	160
1. Das Kapitalanlegermusterklagengesetz	160
a) Anwendungsbereich	161
b) Verfahrensablauf	161
aa) Einleitung des Musterverfahrens und Aussetzung der Individualverfahren	161
bb) Akteure des Musterverfahrens	162
cc) Abschluss des Musterverfahrens durch Musterentscheid oder Vergleich	164
c) Bindungswirkung für Ausgangsverfahren	165
d) Kosten und Finanzierung des Verfahrens	166
e) Bedeutung für die Ziele des kollektiven Rechtsschutzes	167
aa) Vorteile des KapMuG-Verfahrens	167
bb) Nachteile des KapMuG-Verfahrens	169

*Inhaltsverzeichnis*

cc) Fazit	170
2. Behördliche Durchsetzung des Kapitalmarktrechts	170
3. Aktionärsklagen nach §§ 147, 148 AktG	171
IV. Kollektive Rechtsdurchsetzung im Datenschutzrecht	172
1. Behördliche und private Durchsetzung der DS-GVO	172
2. Kollektiver Rechtsschutz in und außerhalb der DS-GVO	173
a) Instrumente und Öffnungsklauseln der DS-GVO	173
b) Abschließender Charakter des Art. 80 DS-GVO	175
c) Umsetzung im deutschen Recht	176
3. Fazit	177
V. Strafprozessuales Adhäsionsverfahren	178
B. Allgemeine Bündelungsmöglichkeiten der ZPO	180
I. Streitgenossenschaft	180
II. Gebündelte Durchsetzung abgetretener Ansprüche durch objektive Klagehäufung	181
1. Das ‚Abtretungsmodell‘ als Geschäftsidee	182
2. Grundsätzliche Zulässigkeit des Abtretungsmodells	185
a) Unwirksamkeit der Abtretung nach § 138 Abs. 1 BGB?	185
b) Unwirksamkeit der Abtretung gem. § 3 RDG iVm § 134 Abs. 1 BGB?	187
c) Auswirkungen von Abtretungsverboten	190
d) Zwischenergebnis	190
3. Defizite des Abtretungsmodells im Vergleich zu echten Sammelklagen	191
a) Höhere Risiken aufgrund instabiler Bündelung	191
b) Fehlender Schutz der Anspruchsinhaber vor unangemessener Prozessführung	192
aa) Der Anwalt des Rechtsdienstleisters als Katze im Sack	192
bb) Kein Schutz durch das Gericht	193
cc) Bindung an fremdbestimmten Vergleich	194
c) Gerichtliche Handhabe von Interessenkonflikten: Vom Regen in die Traufe	194
4. Neuerungen durch das Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt	195
5. Fazit	197
III. Einziehungsklage (§ 79 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 ZPO)	197

C. Musterfeststellungsklage	198
I. Erwartungen an die Musterfeststellungsklage	199
II. Das Musterfeststellungsverfahren	200
1. Einleitung des Musterfeststellungsverfahrens	200
a) Klagebefugnis	200
b) Zulässigkeit und Feststellungsziele der Musterfeststellungsklage	201
c) Bekanntgabe- und Anmeldeverfahren	203
2. Auswirkungen auf Parallelverfahren	204
3. Ablauf des Verfahrens und Stellung der Verbraucher	204
4. Verfahrensabschluss und Bindungswirkung	205
a) Musterfeststellungsurteil	205
b) Vergleich	205
5. Kosten und Finanzierung des Verfahrens	207
III. Mängel der Musterfeststellungsklage	207
1. Zugang zum Recht	207
a) Interessen der angemeldeten Verbraucher	208
aa) Fehlende Leistungsphase	208
(1) Erfordernis späterer Individualklagen	208
(2) Die vage Hoffnung auf Vergleiche	209
bb) Verjährungsrisiko bei fehlerhafter Anmeldung	211
cc) Keine Gewährleistung einer angemessenen Interessenwahrnehmung	211
(1) Mögliche Interessenkonflikte	211
(2) Kein Schutz durch das Gericht	213
(3) Zweifel an der Augenhöhe zwischen Verband und Beklagten	214
dd) Bindung an negativen Verfahrensausgang ohne Beteiligungsmöglichkeiten	216
ee) Ungeklärte Haftung für fehlerhafte Prozessführung	217
b) Beschränkung des Anwendungsbereichs	218
aa) Beschränkung auf Verbraucherrechte	218
bb) Beschränkung der Passivlegitimation auf Unternehmen	219
cc) Faktische Beschränkung auf Massenschäden	220
c) Drohende Bedeutungslosigkeit durch Ausgestaltung der Klagebefugnis	220

*Inhaltsverzeichnis*

2. Verhaltenssteuerung	222
a) Geringe Abschreckungswirkung	222
b) Ungerechtfertigte Nachteile für rechtstreu Unternehmen	223
aa) Prangerwirkung der Klagebekanntmachung ohne rechtliches Gehör	223
bb) Lückenhafte Erstattung der Kosten einer erfolgreichen Verteidigung	224
3. Entlastung der Justiz	225
IV. Schlussfolgerung	225
D. Fazit zum kollektiven Rechtsschutz in Deutschland	226
Viertes Kapitel: Vorgaben der Verbandsklagenrichtlinie	228
A. Konzept der EU-Verbandsklage	228
I. Hintergründe und Anwendungsbereich	228
II. Klagebefugnis	230
1. Grenzüberschreitende Klagen	230
2. Innerstaatliche Klagen	231
III. Klageziele	232
IV. Grundlegende Verfahrensregeln	232
1. Zulässigkeit der Klage	232
2. Subjektive Reichweite der Klage	233
3. Benachrichtigung und Schutz der betroffenen Verbraucher	234
4. Offenlegung von Beweismitteln	235
5. Verfahrenskosten	236
V. Verfahrensende	236
1. Durch gerichtliche Entscheidung	236
2. Durch Vergleich	237
3. Verwendung nicht geltend gemachter Beträge	238
B. Finanzierung der Verfahren	238
I. Unterstützung der qualifizierten Stellen durch die Mitgliedstaaten und Verbraucher	238
II. Finanzierung durch betroffene Verbraucher	238
III. Gewerbliche Prozessfinanzierung	238
C. Umsetzungsbedarf in Deutschland	240
I. Anpassungsbedarf bei Unterlassungsklagen	240
II. Reformbedarf bei Abhilfeklagen	242



III. Schlussfolgerung	242
D. Fazit	243
Fünftes Kapitel: Australische Class Actions und ihre Finanzierung	246
A. Entstehung der Class Action	247
I. Kollektiver Rechtsschutz in Australien bis 1992	247
II. Einführung der Class Action im bundesweiten und bundesstaatlichen Recht	249
III. Die Ziele der Class Action	250
B. Die Regeln des Verfahrens	252
I. Zuständigkeit der Bundesgerichte	252
II. Voraussetzungen der Class Action vor Bundesgerichten	253
1. Klagebefugnis und Postulationsfähigkeit	253
2. Ansprüche von mindestens sieben Personen gegen einen Beklagten	254
3. Gemeinsamer Sachverhalt	256
4. Gemeinsame und erhebliche Rechts- oder Tatsachenfrage	257
5. Notwendige Angaben bei Verfahrenseinleitung	257
6. Überprüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	258
7. Verhältnis zwischen mehreren anhängigen Klagen	259
a) Gruppenmitgliedschaft trotz Individualklage	259
b) Konkurrierende Class Actions	260
III. Die Gruppenmitgliedschaft	260
1. Voraussetzungen der Gruppenmitgliedschaft	260
2. Benachrichtigung der Gruppenmitglieder und Möglichkeit des Opt-out	262
a) Art und Weise der Benachrichtigung	262
b) Inhalt der Benachrichtigung	264
c) Anforderungen an die Opt-out-Erklärung	265
3. Befugnisse der Gruppenmitglieder	265
IV. Verfahrens- und Beweisführung	266
1. Umgang mit gemeinsamen und individuellen Rechts- und Tatsachenfragen	267
a) Fokus auf gemeinsame Rechts- und Tatsachenfragen	267
b) Umgang mit Fragen, die mehrere, aber nicht alle Gruppenmitglieder betreffen	268
c) Bestimmung individueller Fragen	269

*Inhaltsverzeichnis*

2. Umwandlung in Opt-in-Verfahren durch Class Closure	270
a) Anlass zur Class Closure	270
b) Modalitäten der Class Closure	270
3. Beweisführung	272
4. Funktion des Gerichts als Beschützer der Gruppenmitglieder	273
V. Verfahrensabschluss	275
1. Abweisung der Klage ohne Entscheidung in der Sache	275
2. Auftrennung der Class Action in Einzelverfahren	276
a) Allgemeines	276
b) Auftrennungstatbestände im Einzelnen	277
aa) Sec. 33L: Weniger als 7 Gruppenmitglieder	277
bb) Sec. 33M: Schadensersatz für nicht identifizierbare Geschädigte	277
cc) Sec. 33N: Fälle relativer Ineffizienz der Class Action	278
c) Rechtsfolgen der Klageauftrennung	279
3. Urteil des Gerichts	280
a) Schadensersatz	281
b) Sonstige Klagebegehren	282
c) Abweisung der Klage als unbegründet	282
d) Entscheidung über die Kostenverteilung	283
e) Rechtsmittel	285
4. Vergleich	286
a) Gegenstand des Vergleichs	286
b) Genehmigung des Gerichts	287
c) Kriterien für die Angemessenheit des Vergleichs	288
aa) Höhe der Gesamtsumme	288
bb) Verteilung der Gesamtsumme	289
cc) Auszahlung an die Gruppenmitglieder	290
d) Genehmigungsverfahren	291
VI. Verfassungsmäßigkeit der Class Action	293
C. Die Prozessfinanzierung und ihre Auswirkungen	294
I. Entstehung der Prozessfinanzierung für Class Actions in Australien	294
1. Rahmenbedingungen bei Einführung der Class Action	295
2. Entstehung der Prozessfinanzierung	296

3. Der Prozessfinanzierungsvertrag	298
II. Evolution der Prozessfinanzierung in Class Actions	300
1. Closed Classes und ihre Folgeprobleme	300
2. Die Finanzierung offener Gruppen	302
a) Equalisation Orders	303
b) Common Fund Orders	304
aa) Entstehung der Common Fund Orders	304
bb) Folge: Konkurrierende Verfahren im Interesse derselben Gruppe	306
cc) Kehrtwende durch höchstinstanzliche Urteile	310
III. Aufsicht und Regulierung der Prozessfinanzierung	311
1. Ausreichende Liquidität der Prozessfinanzierer	312
2. Anforderungen an Prozessfinanzierungsverträge	313
3. Interessenkonflikte der Prozessfinanzierer und ihr Einfluss auf die Verfahrensführung	315
a) Potential für Interessenkonflikte	315
b) Gesetzliche Vorschriften	316
c) Kontrolle durch die Rechtsprechung	317
D. Die Class Action in der Praxis	318
I. Anzahl und Gegenstand der Verfahren	318
II. Finanzierung der Verfahren	320
III. Ausgang der Verfahren	321
E. Bewertung der australischen Class Action	322
I. Vorteile	322
II. Defizite und Herausforderungen	323
III. Schlussfolgerung	324
Sechstes Kapitel: Vorschlag für eine Sammelklage im deutschen Recht	325
A. Das Sammelklageverfahren	326
I. Einführung einer Opt-out-Sammelklage mit umfassendem Anwendungsbereich	326
II. Zuständiges Gericht	327
III. Eröffnung des Verfahrens	329
1. Zulässigkeit des Sammelklageantrags	329
a) Fähigkeit zur angemessenen Interessenvertretung	329
aa) Eignung des Gruppenklägers	329
bb) Eignung des Prozessbevollmächtigten	330

*Inhaltsverzeichnis*

b)	Anforderungen an die geltend gemachten Ansprüche	331
2.	Obligatorisches Zulassungsverfahren	332
a)	Abweisung missbräuchlicher Sammelklagen	333
aa)	Missbrauch zulasten der Gruppenmitglieder	333
bb)	Missbrauch zulasten des Beklagten	333
b)	Entscheidung über konkurrierende Sammelklagen	335
c)	Verfahren und Rechtsfolgen	336
3.	Benachrichtigung der Gruppenmitglieder	337
a)	Individuelle Benachrichtigung	338
aa)	Ermittlung der Gruppenmitglieder	338
bb)	Form der individuellen Benachrichtigung	338
cc)	Inhalt der individuellen Benachrichtigung	339
b)	Öffentliche Bekanntgabe	340
4.	Verhältnis zu Individualklagen der Gruppenmitglieder	341
IV.	Besonderheiten des Verfahrens	342
1.	Fremd- und Selbstschutz der Gruppenmitglieder	342
a)	Interessenwahrnehmung durch Gruppenkläger und -anwalt	342
b)	Schutz durch das Gericht	343
aa)	Umfang der gerichtlichen Schutzaufgabe	344
bb)	Bedenken gegenüber einer Schutzaufgabe des Prozessgerichts	345
cc)	Die Alternative des Gruppenvertretungsgerichts	347
c)	Möglichkeit der Nebenintervention	348
2.	Beweisführung	349
3.	Verfahrenskosten	350
V.	Verfahrensbeendigung durch Urteil	350
1.	Bedeutung des Urteils trotz und wegen Häufigkeit des Vergleichs	350
2.	Erforderliche Beschränkung der Einzelfallgenauigkeit	351
a)	Kollektive Bestimmung der haftungsbegründenden Kausalität	352
aa)	Beweislastumkehr durch gruppenweite Vermutung des aufklärungsrichtigen Verhaltens	353

bb) Der Anscheinsbeweis als Vorbild für typisierte Betrachtungen	354
b) Beurteilung der haftungsausfüllenden Kausalität und Schadenshöhe	356
aa) Materiell-rechtliche und vertragliche Schadenspauschalierungen	357
bb) Schadensschätzung nach § 287 ZPO	358
cc) Vorschlag	358
(1) Regeln zur Schätzung der Individual- und Gesamtschäden	358
(2) Konkretes Verfahren	360
c) Befugnis des Gerichts zur Auftrennung des Sammelklageverfahrens	361
3. Rechtsmittel	362
4. Die Leistungsphase	363
a) Anmeldung der Ansprüche	363
b) Prüfung und Erfüllung der Ansprüche	364
VI. Verfahrensbeendigung durch gerichtlich genehmigten Vergleich	365
B. Die Verfahrensfinanzierung	367
I. Zulässigkeit der entgeltlichen Übertragung von Kosten und Risiken des Verfahrens auf Dritte	368
1. Vereinbarkeit der Risikoverlagerung mit dem Gebot der prozessualen Waffengleichheit	368
2. Keine Notwendigkeit für staatlich finanzierte Sammelklagen	370
II. Vorzüge der gewerblichen gegenüber der anwaltlichen Finanzierung von Sammelklageverfahren	371
1. Anwaltliche Prozessfinanzierung de lege lata	372
a) Zulässigkeit und Grenzen	372
b) Konsequenzen von Rechtsverstößen	373
aa) Vertragsrecht	373
bb) Wettbewerbsrecht	373
cc) Berufs- und Strafrecht	374
c) Erstattungsfähigkeit anwaltlicher Erfolgshonorare	375
d) Neuerungen durch das Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt	376

*Inhaltsverzeichnis*

2. Gewerbliche Prozessfinanzierung de lege lata	376
a) Die Höhe der Erlösbeteiligung	377
aa) Grenze des § 138 BGB	377
bb) Rechtsfolge bei Verstößen	378
b) Beteiligung des Anwalts an der Erfolgsprovision	380
aa) Grenze des § 49b Abs. 2 BRAO	380
bb) Rechtsfolge bei Verstößen	381
c) Grenzen des RDG	382
d) Schlussfolgerung	383
3. Schlussfolgerungen für die Finanzierung von Sammelklageverfahren de lege ferenda	384
a) Argumente für die Zulassung der anwaltlichen Prozessfinanzierung	384
b) Überwiegende Argumente gegen die Zulassung der anwaltlichen Prozessfinanzierung	386
4. Fazit	387
III. Vorschlag für einen gruppenweiten Prozessfinanzierungsvertrag	388
1. Zweck und Abschluss des Gruppenprozessfinanzierungsvertrages	388
2. Genehmigungsvoraussetzungen und gesetzliche Rechtsfolgen	390
a) Anforderungen an den Prozessfinanzierer	390
aa) Keine Interessenkonflikte aufgrund des Verhältnisses zum Beklagten	391
bb) Wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Gruppenanwalt und -kläger	391
cc) Kontrolle dieser Anforderungen	393
b) Anforderungen an den Vertrag	394
aa) Pflichten des Prozessfinanzierers	394
bb) Der Anspruch des Prozessfinanzierers auf Erlösbeteiligung	395
(1) Transparente und einheitliche Berechnung der Erlösbeteiligung	395
(2) Bestimmung der Angemessenheit der Erlösbeteiligung	397
(3) Befriedigung durch teilweise Überweisung der titulierten Forderungen	398
cc) Sonstige Rechte des Prozessfinanzierers	400
(1) Informationsrechte	400

(2) Die Rolle des Prozessfinanzierers in der Revision	401
(3) Mitentscheidungsrechte bei Abschluss eines Vergleichs	402
c) Rechtsfolgen der Genehmigungsversagung	403
3. Entscheidung zwischen konkurrierenden Klagen	404
a) Zu erwartender Wettbewerb zwischen ‚Klägerteams‘	404
b) Kriterien zur Auswahl des Sammelklägers	405
c) Verfahren	406
aa) Bekanntmachungen im Klageregister	406
bb) Angestrebtes Resultat des Auswahlverfahrens	407
cc) Entscheidung im Rahmen des Zwischenverfahrens	408
d) Gefahren, Nachteile und Gegenmaßnahmen	409
e) Vergleich zu Versteigerungsmodellen	410
4. Fazit	411
C. Geltendmachung nicht angemeldeter Schadensersatzansprüche	412
I. Zweck und Voraussetzungen	412
II. Verwendung des Überschussbetrages zur Entlastung aktiver Gruppenmitglieder	414
III. Verwendung des zweiten Überschussbetrages	416
1. Unangemessenheit einseitiger Verwendungsmöglichkeiten	417
2. Fixe Beteiligung des Prozessfinanzierers am gesamten Prozesserlös?	418
3. Vorschlag zur zielgerechten Incentivierung	418
IV. Verfahren	421
D. Verzahnung mit der Rechtsdurchsetzung durch Verbände und Behörden	421
I. Befugnis der Verbände zur Erhebung von Sammelklagen	421
1. Klagebefugnis der Verbände	422
2. Modifizierungen des Sammelklageverfahrens zur Vereinbarkeit mit der Verbandsklagenrichtlinie	423
3. Prozessfinanzierung	425
4. Errichtung eines Fonds als gemeinnütziger Prozessfinanzierer	427

*Inhaltsverzeichnis*

5. Privilegierung im Bereich der Streuschäden	427
6. Verbleibende Bedeutung der Gewinnabschöpfungsklagen	428
II. Behördliche Rechtsdurchsetzung	429
1. Vor- und Nachteile der behördlichen Rechtsdurchsetzung	429
2. Behörden als Initiatoren kompensatorischer Verfahren	431
a) Behördliche Rechtsdurchsetzung zugunsten der Geschädigten	431
b) Behördliche Klagebefugnis für Sammelklagen?	434
3. Behörden als mittelbare Unterstützer des privaten Rechtsschutzes	434
a) Follow-on-Klagen	435
b) Behörden als amicus curiae	437
III. Schlussfolgerung	438
Siebtens Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	440
A. Ziele und Wege des kollektiven Rechtsschutzes	440
B. Handlungsbedarf trotz Einführung der Musterfeststellungsklage	445
C. Vorgaben aus Brüssel, Lehren aus Australien	449
D. Gesetzgebungsvorschlag	453
I. Reichweite des Gesetzgebungsvorschlags	453
II. Anpassung von Rahmenvorschriften	454
III. Mögliche Neufassung des sechsten Buches der ZPO	455
Literaturverzeichnis	473
Anhang I: Rule 23 Federal Rules of Civil Procedure (USA)	525
Anhang II: Part IVA Federal Court of Australia Act	532



## Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
ABR	Australian Bar Review
Abs.	Absatz
ACCC	Australian Competition and Consumer Commission
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
ALJ	Austrian Law Journal
ALRC	Australian Law Reform Commission
Alt. L. J.	Alternative Law Journal
Am. J. Comp. Law	American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
Ariz. L. Rev.	Arizona Law Review
Art.	Artikel
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterrichtlinie
ASIC	Australian Securities & Investments Commission
ATE	after the event
ausf.	ausführlich
Aust. L. J.	Australian Law Journal
Az.	Aktenzeichen

*Abkürzungsverzeichnis*

BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie e.V.
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRA-Hdb	Beck'sches Rechtsanwalts-Handbuch
Begr.	Begründung
Bell J. of Econ. & Man. Sci	The Bell Journal of Economics and Management Science
Beschl.	Beschluss
Bfj	Bundesamt für Justiz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BKartA	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BZ	Berliner Zeitung
bzw.	beziehungsweise
C.J.Q	Civil Justice Quaterly
Cal. L. Rev.	California Law Review
Can. Bus. L. J.	Canadian Business Law Journal
Cir.	Circuit
CMLR	Common Market Law Review
Colum. L. Rev.	Columbia University Law Review
Comm. L. World Rev	Common Law World Review
Conn. J. Int'l L.	Connecticut Journal of International Law
Cth	Commonwealth

*Abkürzungsverzeichnis*

DAR	Deutsches Autorecht
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DB	Der Betrieb
De Paul L. Rev.	DePaul Law Review
ders.	derselbe
DesignG	Designgesetz
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
Dlf	Deutschlandfunk
DP	Discussion Paper
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
Duke J. Comp. & Int'l L	Duke Journal of Comparative & International Law
Duke L. J.	Duke Law Journal
DVBf.	Deutsches Verwaltungsblatt
EBOR	European Business Organization Law Review
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg	endültig
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
ErwG	Erwägungsgrund
et al.	et altera
EU	Europäische Union
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
Eur. J. Law Econ.	European Journal of Law and Economics
EUV	Vertrag über die Europäische Union idF des Vertrages von Lissabon
euvr	Zeitschrift für Europäisches Unternehmens- und Verbraucherrecht

*Abkürzungsverzeichnis*

EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende (Einzahl)
F.R.C.P	Federal Rules of Civil Procedure (USA)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCA	Federal Court of Australia
FCAFC	Full Court of the Federal Court of Australia
FCR	Federal Court Reports
Fed. L. Rev.	Federal Law Review
ff.	folgende (Mehrzahl)
FG	Festgabe
Fla. L. Rev.	Florida Law Review
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Ga. L. Rev.	Georgia Law Review
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
Geo. L. J.	Georgetown Law Review
Geo. Wash. L. Rev	George Washington Law Review
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GK-UWG	Großkommentar zum UWG
GM	General Motors
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter und Wettbewerbsrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungsreport
GSSV	Gierschmann/Schlender/Stenzel/Veil
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
HCA	High Court of Australia
HCATrans	High Court of Australia, Transcript of Proceedings
HGR	Handbuch der Grundrechte

hM	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts
iErg	im Ergebnis
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
iHv	in Höhe von
Ind. L. Rev.	Indiana Law Review
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung
Int. J. L. M.	International Journal of Law and Management
Int. J. L. M.	International Journal of Law and Management
iSd	im Sinne des/der
iVm	in Verbindung mit
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
J.	Journal
J. Bus	The Journal of Business
J. Bus.	The Journal of Business
J. Corp. L. Stud.	Journal of Corporate Law Studies,
J. L. Econ. & Pol'y	Journal of Law, Economics & Policy
J. Law Econ.	Journal of Law and Economics
J. Leg. Stud.	The Journal of Legal Studies
J. Legis.	Journal of Legislation
J. Political Econ.	Journal of Political Economy,
JCivLP	Journal of Civil Litigation and Practice
JELS	Journal of Empirical Legal Studies
JEP	The Journal of Economic Perspectives
jM	juris – die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz

*Abkürzungsverzeichnis*

KK-KapMuG	Kölner Kommentar zum KapMuG
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur StPO
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KV	Kostenverzeichnis
L. J.	Law Journal
L. Q. R.	Law Quarterly Review
L. Rev.	Law Review
La. L. Rev	Louisiana Law Review
Law Soc. R.	Law and Society Review
LG	Landgericht
lit.	litera
LMRKM	Loewenheim/Meesen/Riesenkampff/Kersting/Meyer-Lindemann
LRCWA	Law Reform Commission of Western Australia
LSJ	Law Society Journal
LTO	Legal Tribune Online
Maastricht J. Eur. & Comp. L.	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Melb. U. L. Rev.	Melbourne University Law Review
MFKRegV	Musterfeststellungsklagenregister-Verordnung
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mio.	Millionen
MMR	MultiMedia und Recht
MMVO	Marktmissbrauchsverordnung
Mo. L. Rev	Missouri Law Review
Mon. U. L. Rev.	Monash University Law Review
MüKo	Münchener Kommentar
mwN	mit weiteren Nachweisen
N.C. L. Rev.	North Carolina Law Review
N.Y.U. J. L. & Bus.	New York University Journal of Law & Business
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review

NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
Nr.	Nummer
NSWCA	New South Wales Court of Appeal
NSWSC	Supreme Court of New South Wales
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht
nyob	Non of your Business – – Europäisches Zentrum für digitale Rechte
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
Or. L. Rev	Oregon Law Review
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
Organ. Behav. Hum. Perform.	Organizational Behavior & Human Performance
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
Oxford U. Commw. L. J.	Oxford University Commonwealth Law Journal
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rev. Litig.	Review of Litigation
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Seite
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review

*Abkürzungsverzeichnis*

SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Sec.	Section
sog.	sogenannte(r)
SortSchG	Sortenschutzgesetz
SpruchG	Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren
Stan. L. Rev	Stanford Law Review
StPO	Strafprozessordnung
Syd. L. Rev.	Sydney Law Review
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tex. Int'l L.J.	Texas International Law Journal
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
Theor. Inq. Law	Theoretical Inquiries in Law
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Chi. Legal F.	The University of Chicago Legal Forum
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U. Kan. L. Rev.	University of Kansas Law Review
U. Mich. J. L. Reform	University of Michigan Journal of Law Reform
U. Pa. L. Rev	University of Pennsylvania Law Review
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
U.B.C. L. Rev.	University of British Columbia Law Review
UAbs.	Unterabsatz
UALR L. Rev.	University of Arkansas at Little Rock Law Review
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UNSW L. J.	University of New South Wales Law Journal
Urt.	Urteil
USD	US Dollar
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
UWS L. Rev.	University of Western Sydney Law Review
v.	vom
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
VCI	Verband der chemischen Industrie e.V.



Verbandsklagenrichtlinie	Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VLRC	Victorian Law Reform Commission
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VSC	Supreme Court of Victoria
VSCA	Supreme Court of Victoria Court of Appeal
VuR	Verbraucher und Recht
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Volkswagen AG
Vzbv	Verbraucherzentrale Bundesverband
Wash. & Lee L. Rev.	Washington and Lee Law Review
Wash. U. L. Rev.	Washington University Law Review
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yale J. on Reg.	Yale Journal on Regulation
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZD-Aktuell	Zeitschrift für Datenschutz – Newsdienst ZD-Aktuell
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZinsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht

*Abkürzungsverzeichnis*

ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik.
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZP Int.	Zeitschrift für Zivilprozess International